



Beschluss der Mitgliedervollversammlung am 22.11.2023

Der Landesvorstand und die hauptamtlichen Mitarbeitenden der BUNDjugend Berlin werden beauftragt, einen partizipativen (beteiligenden) Prozess mit allen Menschen in der BUNDjugend Berlin einzuleiten, um ein Schutzkonzept zur Prävention von Gewalt jeglicher Art in der BUNDjugend Berlin bis zur Mitgliederversammlung 2024 zu erarbeiten und anschließend umzusetzen.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Gewalt als “[...] absichtliche[r] Gebrauch von angedrohtem oder tatsächlichem körperlichem Zwang oder physischer Macht gegen die eigene oder eine andere Person, gegen eine Gruppe oder Gemeinschaft, der entweder konkret oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Verletzungen, Tod, psychischen Schäden, Fehlentwicklung oder Deprivation führt.” (WHO 2003: 6). Für uns umfasst der Gewaltbegriff dabei jegliche Form von physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt.

Der Vorstand und die hauptamtlichen Mitarbeitenden sollen in Bezug auf das Thema Gewaltprävention und den Umgang mit Fällen von Gewalt in der BUNDjugend Berlin weitergebildet werden. Auch die weiteren Aktiven werden aktiv zur Teilnahme an solchen Weiterbildungen ermutigt. Das Ziel ist die Schaffung geeigneter Strukturen innerhalb der BUNDjugend Berlin, um Gewaltausübung vorzubeugen, Betroffenen einen möglichst schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu Hilfsangeboten und Ansprechpersonen zu ermöglichen, Aktiven Sicherheit und Orientierung zu geben sowie eine klare öffentliche Positionierung zum Thema Gewaltausübung innerhalb der BUNDjugend Berlin.

Dabei sollen die Ergebnisse der auf Bundesebene in der BUNDjugend und dem BUND laufenden Prozesse berücksichtigt und Synergien zu diesen bundesweiten Prozessen identifiziert werden.